

Krise um die Ukraine – eine geostrategische Betrachtung

Walter Feichtinger

Zur Einstimmung

„Wir haben es von Anfang an nicht geschafft, die Spaltung Europas zu überwinden“¹ – so lautet der kritische Befund des russischen Präsidenten Wladimir Putin knapp zwei Jahre nach der Annexion der Krim und dem Sezessionskrieg im Osten der Ukraine.

„Wir müssen uns dem Versuch Putins, die EU zu spalten und im Innern der EU Einfluss auszuüben, mit allen Mitteln entgegenstellen“² – konstatierte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, ein Jahr nach der Einverleibung der Krim durch Russland.

„Russia’s aggression against Ukraine is not an isolated incident but a game-changer in European security. It reflects an evolving pattern of behaviour that has been emerging for several years“³ – mit diesen Worten ordnete der stellvertretende NATO-Generalsekretär, Alexander Vershbow, Anfang 2015 die Vorgänge in der Ukraine ein.

Diese retrospektiven Aussagen werfen ein bezeichnendes Bild auf die Situation, wie sie sich für die zentralen externen Akteure in der Krise um die Ukraine darstellt. Es klingt aber auch durch, dass schon vor den Tumulten Ende 2013 Spannungen zwischen dem Westen und Russland bestanden und ein gegenseitiges Misstrauen herrschte, das die weiteren Entwicklungen maßgeblich bestimmte.

Zweifellos war der unvorhersehbare Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsh durch das Parlament am 22. Februar 2014, nachdem noch am Vortag gemeinsam mit Vertretern Russlands, Deutschlands, Frankreichs und Polens eine Vereinbarung zur Beilegung der Krise erzielt worden war, für viele ein strategischer Schock. Denn er bildete den Auftakt nicht nur für einen innenpolitischen Umbruch in der Ukraine, sondern auch für geostrategische Verwerfungen, deren Auswirkungen noch nicht in vollem Umfang abzuschätzen sind. Die politische Dynamik, die nach der Flucht des ukrainischen Präsidenten entstand, hat viele überrascht und überfordert, wenngleich der Eindruck besteht, dass Moskau von allen externen Akteuren am besten darauf vorbereitet war. Das ist auch nicht verwunderlich angesichts des Umstands, dass der Ukraine in dem von Moskau als „nahes Ausland“ apostrophiertem Raum aus militärstrategischer, ökonomischer und regionalpolitischer Sicht eine besondere Rolle zukommt. Doch selbst

-
- 1 Bild-Interview mit dem Russischen Präsidenten. Warum Putin Merkel mit seinem Hund erschreckte. In: Bild (20.1.2016). <<http://www.bild.de/politik/ausland/wladimir-putin/interview-mit-dem-russischen-praesidenten-russland-44091672.bild.html>>, abgerufen am 24.8.2016.
 - 2 Zeit online: Schulz warnt vor Spaltung der EU durch Putin (18.3.2015). <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/europa-martin-schulz-russische-propaganda>>, abgerufen am 20.1.2016.
 - 3 BBC News: NATO readjusts as Ukraine crisis looms (5.2.2015). <<http://www.bbc.com/news/world-europe-31137760>>, abgerufen am 20.1.2016.

aus einer gewissen zeitlichen Distanz stellt sich unverändert die Frage, wie die Ereignisse um den Sturz des ukrainischen Präsidenten und das russische Eingreifen in der Ukraine zu sehen und zu bewerten sind. Denn es war von Anfang an klar, dass es sich dabei nicht „nur“ um eine weitere farbige Revolution im Gefolge der Auflösung der Sowjetunion handelte, sondern übergeordnete strategische Interessen eine entscheidende Rolle spielten.

Die ersten Überlegungen dieses Artikels gelten daher dem „großen Rahmen“, der den Hintergrund für das geopolitische Drama lieferte und der möglicherweise Erklärungen für das weitere Geschehen bieten kann. Der zweite Punkt behandelt die russische Position und Interessenslage, die laut Auffassung zahlreicher Analytiker viel Erklärungspotenzial hinsichtlich des Moskauer Vorgehens birgt. Drittens sollen die westlichen Beziehungen zur Ukraine und Russland kurz dargestellt werden, während viertens der Frage nach der Reichweite der Krise nachgegangen wird: Handelt es sich also eher um ein europäisches Problem oder wurde die Ukraine zum Kristallisationspunkt internationaler Auseinandersetzungen? Dazu ist es zweckmäßig, die Problemwahrnehmung auf globaler Ebene zu betrachten. Eine Zusammenschau dieser Aspekte soll abschließend zu ersten allgemeinen Erkenntnissen und Ableitungen führen.

Die geopolitische Großwetterlage als Kulisse

Vom uni- zum multipolaren System

Nach der kurzen unipolaren Phase unmittelbar nach Auflösung der Sowjetunion 1991, als die USA die einzig verbliebene Weltmacht waren, zeigte sich immer stärker, dass es in Zukunft mehrere Pole geben könnte, um die sich die Staatenwelt gruppiert. Dass den USA dabei aufgrund ihrer wirtschaftlichen, währungspolitischen und militärischen Potenziale eine herausragende Rolle zufiel, war unbestritten. Allerdings hat diese Rolle im letzten Vierteljahrhundert enorme Ressourcen verschlungen und politisches Ansehen gekostet. Gerade die teilweise missglückten Interventionsversuche in Afghanistan und im Irak verstärkten daher den Trend, sich weniger internationale Lasten aufzubürden und stärker auf willige und leistungsfähige Partner für ordnungspolitische Vorhaben zu setzen (Stichwort „Leading from behind“). Washington folgt dabei dem Bestreben, den Fokus seines gesamtstrategischen Engagements Richtung pazifische Region auszurichten. Europa sollte – zumindest aus Sicht der USA – nunmehr in der Lage sein, im europäischen Raum für Stabilität zu sorgen, zumal die USA ja noch im Rahmen der NATO dafür einen wesentlichen Beitrag zu leisten bereit sind und damit auch weiter Einfluss auf Europa ausüben können. Wesentliche, auch militärische, Ressourcen sollten dadurch für andere Orte verfügbar werden.

Das schuf natürlich Raum für andere Pole, die zumindest auf regionaler Ebene, aber ebenso auf der internationalen Bühne an Attraktivität sowie Einfluss gewinnen möchten. Hier sind vor allem die sogenannten BRICS-Staaten zu nennen (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die als wirtschaftlich und politisch aufstrebende Mächte ihre Positionen auszubauen trachten. An vorderster Stelle findet sich hier Russland, dem Präsident Wladimir Putin nach einer etwa zehnjährigen Schwächephase eine neue politische Identität, ein breit

rezipiertes gesellschaftliches Narrativ und damit wieder ein nationales Selbstbewusstsein verschafft hat. Putin hatte sich öffentlich gegen ein unipolares, aber für ein multipolares System ausgesprochen und den USA immer wieder die Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts vorgeworfen.⁴ Der Kreml sah sich zunehmend in der Rolle eines globalen Akteurs, war in der Runde der größten Industriestaaten der Welt vertreten (G8) und erwartete, bei politisch-strategischen Veränderungen in seinem „nahen Ausland“ einbezogen zu werden. Während Moskau dabei neben der energiepolitischen auch die militärische Karte (siehe Georgien 2008) spielt, übt China seinen Einfluss primär über ökonomische Soft-Power aus und ist zudem bestrebt, sich als selbsternannter Vertreter der sogenannten „Dritten Welt“ zu etablieren. Es verfolgt dabei eine Doppelstrategie, die sowohl eine Stärkung der eigenen Position in den wichtigsten internationalen Organisationen – wie den Vereinten Nationen (VN) oder der Weltbank – verfolgt als auch den Aufbau alternativer Institutionen wie etwa einer multilateralen Entwicklungsbank betreibt. Im regionalen Rahmen zeigt China aber zunehmend militärische Muskeln, was vermehrt zu Spannungen mit den Nachbarn und den USA führt, Washingtons Rolle als Schutzmacht bei manchen Anrainerstaaten aber stärkt.

Auch Brasilien kommt eine gewisse Polfunktion zu, allerdings nicht als Hegemonialmacht, sondern als „der Größte unter Gleichen“. Indien hingegen bleibt nach Auffassung vieler Beobachter vorerst eine nach innen gerichtete Macht, die weniger nach einer regionalen Führungsrolle strebt, sondern bemüht ist, den wachsenden Einfluss Chinas auszubalancieren. Die EU hat nach mehreren Erweiterungsrunden zwar an Größe gewonnen, aufgrund interner Differenzen und der Wirtschaftsschwäche einiger Staaten jedoch an Attraktivität und Handlungsvermögen eingebüßt. Trotz enormer ökonomischer und politischer Potenziale ist es ihr bislang nicht gelungen, sich im internationalen politischen Wettbewerb als Pol und damit als gefragter Partner zu etablieren, weil es ihr unverändert an außen- und sicherheitspolitischer Wirkungsmacht fehlt. Allerdings ist durch die Erweiterung der EU um ehemalige Sowjetverbündete eine Veränderung in der politischen Geografie entstanden, weil sich diese Staaten nunmehr primär Richtung Westen und nicht länger Richtung Osten orientierten.

Die Weltordnung gestaltete sich daher mit Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend multipolar, allerdings mit unterschiedlicher Anziehungskraft der Pole und antagonistischen oder zentripetalen Kräften.

Völkerrechtliche und ordnungspolitische Diskrepanzen

In Folge der völkerrechtlich teilweise nicht oder nicht ausreichend legitimierten militärischen Interventionen der USA und ihrer Verbündeten im Kosovo (1999), in Afghanistan (2001), im Irak (2003) und in Libyen (2011) sind tiefe Gräben zwischen dem Westen sowie Russland und China entstanden. So pochten Moskau und Peking immer stärker auf die Achtung staatlicher Souveränität und territorialer Integrität, auf das Interventionsverbot und darauf,

4 Rede Putins bei der Sicherheitskonferenz in München 2007. In: AG Friedensforschung, <<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>>, abgerufen am 26.1.2016.

dass ein Regimewechsel nicht von außen erzwungen werden dürfe. Demgegenüber hatte sich in der Generalversammlung der VN, vor allem aber bei westlichen Staaten, die Auffassung durchgesetzt, dass staatliche Souveränität und das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten Grenzen haben, vor allem dann, wenn sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozide oder andere Gräueltaten ermöglichen oder fördern. Die militärische Intervention der NATO 2011 zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe in Libyen bestärkte jedoch die russischen Zweifel und Befürchtungen, da sie letztlich zum Sturz von Diktator Muammar Gaddafi und in weiterer Folge zu einem politischen Chaos geführt hatte.

Bei den Umbrüchen im arabischen Raum, die 2011 den raschen Sturz der Herrscher in Tunesien, Ägypten und Libyen brachten, waren bald alle Augen auf den syrischen Machthaber gerichtet, der sich trotz eines steigenden bewaffneten Widerstands an der Macht halten konnte. Ermöglicht wurde dies durch die bedingungslose Unterstützung Russlands, das sich nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch an seine Seite stellte. Eben mit dem Argument, dass Baschar al Assad der gewählte Präsident sei und ein Machtwechsel nicht von außen herbeigeführt werden dürfe. Moskau stellte sich damit klar gegen die USA und viele andere Staaten, die sich angesichts der Eskalation des Bürgerkriegs und der zunehmenden Gefahr durch die Terrororganisation Islamischer Staat im Sommer 2014 zu einem gewaltsamen Eingreifen, allerdings nur gegen den IS, entschlossen haben.

Das strikte Beharren auf die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere von Souveränität und territorialer Integrität, steht jedoch im Widerspruch zum russischen Vorgehen in der Ukraine, wo es gegen elementare Prinzipien des internationalen Rechts sowie gegen völkerrechtliche Verträge verstoßen hat.⁵

Geopolitische Konzepte als Erklärungsmodelle

Bei dieser geopolitischen Betrachtung soll keinesfalls der Eindruck entstehen, dass die Ukraine und die leidende Bevölkerung zu Statisten der Weltgeschichte degradiert werden. Allerdings konnte man sich seit der Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Kiew Ende 2013 nicht des Eindrucks erwehren, dass es dabei weniger um die Ukraine selbst als in zunehmendem Maße um übergeordnete Interessen und Ziele externer Akteure, insbesondere Russlands, der EU und der USA ging.

Zur Erklärung führen manche Beobachter gerne geopolitische Theorien und Konzepte ins Treffen, um das Verhalten Moskaus und Washingtons nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung der Sowjetunion sowie des Warschauer Pakts zu erklären. Die EU spielt in diesbezüglichen US-Überlegungen zwar eine wichtige, aber untergeordnete Rolle – ihr wird kein eigenständiger Akteursstatus zugeschrieben. Ausgehend von der „Herzlandtheorie“ des britischen Geographen und geopolitischen Denkers, Sir Halford Mackinder, wird die These vertreten, dass der eurasische Raum (von Lissabon bis Wladiwostok) das zentrale

5 Luchterhandt, Otto: Die Krim-Krise von 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. In: Osteuropa, 5-6/2014, S. 61-86, hier S. 68.

Territorium für eine Weltmacht darstellt. Wer diesen riesigen Raum kontrolliert, hat Zugang zu allen wichtigen Ressourcen. Diesen Überlegungen folgt u. a. der US-Strategie und Sicherheitsberater von Ex-Präsident Jimmy Carter sowie von Barack Obama, Zbigniew Brzezinski, der in seinen Büchern „Die einzige Weltmacht“ (1997) sowie „Second Chance“ (2007) nach wie vor von der besonderen Bedeutung dieses Raumes selbst für die Seemacht USA ausgeht. Europa ordnet er dabei die Funktion eines Brückenkopfs für die USA auf dem eurasischen Kontinent zu.⁶ Der Erweiterung der NATO Richtung Osten und der Schaffung eines „Einkreisungsszenarios“ kämen laut Brzezinski dabei eine entscheidende Bedeutung zu, weil es gelte, Russland in die Isolation des eurasischen Kernraumes zurückzudrängen.⁷ Dabei gehe es auch darum, eine enge Kooperation zwischen EU und Russland zu verhindern, denn dadurch „*könnte zumindest die wirtschaftliche Dominanz der USA durch eine mit Russland enger liierte EU herausgefordert werden*“.⁸

Nicht überraschend gelangen auch russische geopolitische Denker wie Alexander Dugin, der derzeitige Chefideologe des Kremls, zu ähnlichen Überzeugungen. Er verweist zusätzlich darauf, dass Russland als Territorialmacht mit deutlich geringeren maritimen Kapazitäten noch wesentlich stärker auf die Kontrolle dieses Kernterritoriums angewiesen ist. Dugin stellt dabei dem amerikanischen Universalismus mit der Pax Americana eine „Konzeption eines neuen europäischen Großraums“, eine Pax Eurasiatica entgegen, die durch eine Koalition Russlands mit den zentraleuropäischen Mächten Deutschland und Frankreich garantiert werden soll.⁹ Er greift in seinen Überlegungen auf das politische Modell des „Eurasianismus“ zurück, das seine Ursprünge in den 1920er-Jahren hat, und stellt die These auf, dass Russland eine eigene geopolitische Identität benötige, die sich klar vom amerikanischen Universalismus abgrenze, um als politische Einheit existieren zu können.¹⁰

Auch wenn Brzezinski der EU keine entscheidende Rolle zuschreibt, bleibt festzuhalten, dass sie aus heutiger Sicht sehr wohl ein wichtiger Akteur ist, der mit dem Nachbarn Russland enge energie- und wirtschaftspolitische Beziehungen unterhält und für den politische Spannungen mit Russland sehr abträglich sind. Europa muss daher an einem ausgeglichenen Verhältnis mit den USA und mit Russland sehr gelegen sein. Allerdings ist die Außen-, Energie- und Sicherheitspolitik der EU (noch) zu heterogen, um das inhärente politische Potenzial wirkungsvoll entfalten zu können. Eine verstärkte Integration würde sich daher sehr positiv auf ihren Stellenwert gegenüber Russland und den USA auswirken.

6 Eine anschauliche und kritische Darstellung der wesentlichen Inhalte ist zu finden bei: Ritz, Hauke: Die Welt als Schachbrett. Der neue Kalte Krieg des Obama-Beraters Zbigniew Brzezinski. <<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/nach-bush.html>>, abgerufen am 8.4.2015.

7 Vgl. Rode, Bernhard: Das Eurasische Schachbrett. Amerikas neuer Kalter Krieg gegen Russland. Tübingen 2012 S. 139f.

8 Margolina, Sonja: Das unsichtbare Dritte. In: Internationale Politik, 1/2005, S. 84-90, hier S. 86. Zitiert in: Rode: Das Eurasische Schachbrett, S. 786.

9 Vgl. Rode: Das Eurasische Schachbrett, S. 217.

10 Vgl. Rode: Das Eurasische Schachbrett, S. 201 und S. 215.

Russische Positionen und Interessenslage

Rückkehr auf die internationale Bühne

Es war ein deklariertes Ziel von Präsident Putin, Russland wieder als Weltmacht zu etablieren. Ein permanenter Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Mitgliedschaft bei den G 8 sowie den G 20 oder Russlands Mitwirkung bei der Lösung internationaler sicherheitspolitischer Probleme (z. B. Nuklearverhandlungen mit dem Iran, Sechs-Parteien-Gespräche über das nordkoreanische Kernwaffenprogramm, Nahost-Verhandlungen) veranschaulichen die Bedeutung Moskaus und die wiedererlangte Stärke. Darüber hinaus weisen viele bilaterale und multilaterale Vereinbarungen wie z. B. die Schanghai-Kooperation oder strategische Partnerschaften mit China oder Indien auf das ambitionierte Selbstverständnis Moskaus hin. Bei zahlreichen Gelegenheiten stellte Russlands Präsident klar, dass der Kreml in außenpolitischen Belangen eine eigenständige Position vertrete, die häufig in deutlichem Kontrast zu US-Positionen stand und auf starke Auffassungsunterschiede in grundsätzlichen Fragen der internationalen Ordnung hinwies.¹¹ Aktuelle Höhepunkte dieser Diskrepanzen stellen die Entwicklung in der Ukraine 2013/14 und die Einstufung des syrischen Machthabers Assad im syrischen Bürgerkrieg seit 2011 dar. Russlands Engagement im Nahen Osten als verlässlicher Partner des syrischen Präsidenten, dessen Untergang es gemeinsam mit dem Iran verhindert, dient auch der Imagepflege als starker, selbstbewusster Akteur, der sich gegen die Dominanz des Westens stemmt und Einmischungen in innere Angelegenheiten aufs Schärfste ablehnt. Eine Botschaft, die bei vielen arabischen Staaten, die sich im politischen und gesellschaftlichen Umbruch befinden, Aufmerksamkeit erregen dürfte. Zum großen Missfallen Putins wird Russland dennoch von den USA geringschätzig nur als Regionalmacht eingestuft, deren Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt seien.¹² Denn spätestens seit seiner dritten Amtsperiode pocht Putin darauf, nach den Prinzipien von Gleichheit und Reziprozität sowie auf Augenhöhe mit den USA zu verhandeln.¹³

Geostrategische Optionen Russlands

Nach der Phase des Versuchs einer Westannäherung und verstärkter, auch sicherheitspolitischer Kooperation, die der damalige Präsident Medwedew (vermutlich im Auftrag des damals agierenden Premier Putin) 2008 mit dem Vorschlag für einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag samt neuer Sicherheitsarchitektur – die aber wenig Beachtung fand – noch voranbringen wollte, kam es jedoch zu einer Neuorientierung der russischen Außenpolitik unter dem in das Präsidentenamt zurückgekehrten Wladimir Putin ab 2012. Das „Erringen der vollen Souveränität für Russland“ wurde nunmehr zur Leitlinie aller Überlegungen –

11 Siehe z. B. die vorzeitige Abreise von Präsident Putin vom G20-Gipfel im November 2014 in Brisbane, wo er mit starker internationaler Kritik wegen Russlands Rolle im Ukraine-Konflikt konfrontiert war. Vgl. Spiegel Online: Putin bei G20-Gipfel (2014). <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/putin-bei-g20-gipfel-russland-feiert-abgang-des-kreml-chefs-a-1003414.html>>, abgerufen am 5.1.2016.

12 Vgl. Spiegel Online: Ukraine-Krise. Obama verhöhnt Russland als Regionalmacht (2016). <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-obama-verspottet...>>, abgerufen am 5.1.2016.

13 Vgl. Trenin, Dmitri: Russia's Breakout from the Post-Cold War System. Moscow 2014, S. 15.

so die Conclusio vom Direktor des Carnegie Moscow Centers, Dmitri Trenin.¹⁴ Nachdem Russland ja zweifelsohne schon vorher ein souveräner Staat war, dient diese Aussage viel mehr der Rechtfertigung der Ausschaltung „jeglicher ausländischer politischer Einflussnahme“ im Lande sowie des Anspruchs auf Anerkennung besonderer russischer Interessen im nahen Ausland durch das Ausland.¹⁵ Gegenüber Europa verfolgte Moskau in den letzten Jahren eine Abgrenzungspolitik, die sich einerseits in den Beziehungen zur EU und zur NATO und andererseits im Vorantreiben der Eurasischen Union manifestierte.

Im asiatisch-pazifischen Raum sieht sich Russland als Teil eines strategischen Dreiecks, das von China, den USA und Russland gebildet wird und in dem es seine Handlungsoptionen entwickeln kann. In russischen Expertenkreisen besteht keine einhellige Auffassung darüber, ob es dabei Präferenzen für einen der beiden anderen globalen Akteure geben soll. Unklar bleibt auch, ob sich Russland mit einem der anderen gegen den jeweils dritten Staat verbünden sollte.¹⁶ Es ist allerdings offenkundig, dass sich Moskau im vergangenen Jahrzehnt vermehrt Peking zugewandt hat, um sich Handlungsoptionen im ökonomischen sowie energie- und sicherheitspolitischen Bereich offen zu halten. Schon 2000 hatte Russland bekundet, eine strategische Partnerschaft mit China begründen zu wollen und dies in den außenpolitischen Konzepten 2008 und 2013 bekräftigt.¹⁷ Präsident Putin betonte bereits 2010, dass China keine Bedrohung für die Sicherheit Russlands darstelle und dass er die Kooperation ausbauen möchte.¹⁸ Was Russland und China in ihrer Selbstperzeption zusätzlich eint, ist ihr formales Eintreten für eine multipolare Weltordnung, die bedingungslose Achtung staatlicher Souveränität sowie das Interventionsverbot. Je nach aktueller Lage und strategischem Interesse kann Russland daher seine Präferenzen ohne Präjudiz setzen. Der schlimmste Fall wäre, sowohl mit den USA wie auch mit China in Konflikt zu geraten – was daher tunlichst zu vermeiden ist.

Im Fall der Ukraine besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen formalem Anspruch und realem Handeln, da sich China nicht gegen Russlands völkerrechtswidrige Intervention ausgesprochen hat, obwohl sie eigentlich den gemeinsam vorgetragenen Prinzipien widerspricht. Das Prinzip der stillen Duldung bot dabei einen Ausweg aus diesem strategischen Dilemma.

Russlands Schutzfunktion und sein „nahes Ausland“

„Vor allem aber gilt es anzuerkennen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Für das russische Volk aber wurde er zum wirklichen Drama.“¹⁹

14 Trenin: *Russia's Breakout*, S. 2.

15 Ebd.

16 Vgl. Solomentseva, Anastasia: *The "Rise" of China in the Eyes of Russia: A Source of Threats or New Opportunities?* In: PfP Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes: *Connections Online*. <<http://www.connections-ql.org/article/rise-china-eyes-russia-source-threats-or-new-opportunities>, 01.01.2014_solomentseva.pdf>, abgerufen am 5.1.2016., S. 23, S. 39ff.

17 Vgl. Solomentseva: *The "Rise" of China in the Eyes of Russia*, S. 5.

18 Vgl. Solomentseva: *The "Rise" of China in the Eyes of Russia*, S. 7.

19 Zitiert in: Rode: *Das Eurasische Schachbrett*, S. 175.

– so ein kurzer Auszug aus der Botschaft Präsident Putins an die Föderationsversammlung vom 25. April 2005. Sie war Ausdruck einer geopolitischen Debatte, die schon bald nach der Auflösung der Sowjetunion einsetzte und die zukünftigen Schwerpunkte und Prioritäten russischer Geopolitik angesichts der großen Veränderungen zum Inhalt hatte. Bereits 1994 wurde dabei dem „nahen Ausland“ (den ehemaligen Sowjetrepubliken, insbesondere der Ukraine, Kasachstan und Weißrussland) höchste Bedeutung beigemessen, gefolgt von einem zweiten Kreis, in dem Russland lebenswichtige Interessen zu bewahren hat (Osteuropa, Transkaukasien sowie der Nahe, Mittlere und Ferne Osten). Den dritten Kreis geopolitischen Interesses bildete der Westen.²⁰

Es kam daher nicht überraschend, dass Russland angesichts der Erweiterungsschritte von NATO und EU Richtung Osten vermehrt den Anspruch erhob, bei der zukünftigen außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Ausrichtung und Entwicklung der Staaten in seinem „nahen Ausland“ einbezogen zu werden. Denn es handelt sich aus Sicht des Kremls bei den ehemaligen Sowjetrepubliken um Zonen von besonderem Interesse für Russland, was von allen Betroffenen und Beteiligten entsprechend zu würdigen sei. Zur Legitimierung dieses Anspruchs beruft sich das heutige Russland vermehrt auf seine selbst zugeschriebene Funktion als Schutzmacht aller Russen in der ehemaligen Sowjetunion, wozu nötigenfalls auch die Streitkräfte eingesetzt werden könnten. In einigen vormaligen Sowjetrepubliken mit hohem russischem Bevölkerungsanteil, v. a. im Baltikum, führte das zu großer Beunruhigung, sie fühlten sich von Russland bedroht.

Völkerrechtlich betrachtet erscheinen die russischen Ansprüche angesichts des Rechts auf Selbstbestimmung und der Wahlfreiheit von Staaten hinsichtlich ihrer Beteiligungen und Mitgliedschaften in internationalen Organisationen als abwegig, solange keine Verträge betroffen sind, die auch Moskau zum Vertragspartner haben. Aus machtpolitischer Perspektive handelt es sich um ein imperiales Streben, in dem der Akteur Russland aufgrund seiner (vermeintlichen) Größe, Stärke und Bedeutung für sich einen Sonderstatus reklamiert.²¹

Keine Farbenrevolution in Russland – Innenpolitischer Imperativ als Verstärker

„Farbenrevolutionen“, wie sie zwischen 2003 und 2005 in Georgien, der Ukraine oder Kirgistan stattgefunden und zum Sturz der jeweiligen Machthaber geführt haben, stellen aus Sicht des Kremls ein Bedrohungsszenario dar, das es für Russland zu verhindern gilt. Die massiven Bürgerproteste, die Putins Wahl zum Präsidenten 2012 begleitet hatten, sorgten daher für Beunruhigung im Kreml. Bereits damals wurde ein nationaler Schulterschluss beschworen, „liberal“ wurde fortan als schmutziges Wort eingestuft und Opposition mit „Feind“ gleichgesetzt. Die dramatische Zuspitzung der politischen Lage in der Ukraine im

20 Vgl. Rode: Das Eurasische Schachbrett, S. 176.

21 Man könnte hier von der russischen Variante der US-amerikanischen Monroe-Doktrin (1823) sprechen, die von Europa forderte, sich nicht mehr in Amerika einzumischen und die Interessenszonen gegenseitig zu akzeptieren. Darunter war einerseits ein Interventionsverbot raumfremder Mächte, andererseits aber Handlungsfreiheit im eigenen Interessensraum zu verstehen.

Herbst 2013 und Anfang 2014 nährte wohl bei vielen die Furcht vor einer weiteren Revolution mit ungewissem Ausgang und möglichen negativen Folgen für Moskau. Dabei stufte der Kreml die Vorgänge in der Ukraine („Euromaidan“-Proteste) als politischen Coup der USA ein, der wie die Revolution in Georgien von Washington geplant, finanziert und gesteuert wurde.²² Die krisenhafte Entwicklung in Kiew war daher für Russland sowohl aus innen- wie auch aus außenpolitischer Perspektive von übergeordnetem strategischem Interesse. Bei der Darstellung der Ereignisse gegenüber der eigenen Bevölkerung und dem Ausland setzte es auf das seit mehreren Jahren aufgebaute Feindbild von einer Russland umzingelnden NATO.²³ Die Beschworung eines „äußeren Feindes“ kann dabei für Moskau sehr nützlich sein, um die eigene Identität durch Abgrenzung zu schärfen sowie einen nationalen Grundkonsens in politischen Grundsatzfragen einfordern und damit zwangsläufig den politischen Freiraum für Andersdenkende dramatisch einschränken zu können.

Die Ukraine, tragende Säule in Russlands außen- und sicherheitspolitischer Architektur

Aus diesen Überlegungen geht klar hervor, welch überragende Bedeutung der Ukraine aus russischer Perspektive zukommt. Sie ist von geopolitischer Bedeutung, weil sie eine Brückenfunktion innerhalb des eurasischen Gebietes einnimmt und die Zutrittsmöglichkeit in den Zentralraum ermöglicht. Im wirtschaftspolitischen Bereich ist sie aufgrund der engen Verflechtung v. a. mit der russischen Rüstungsindustrie sowie wegen ihrer Rohstoffe und ihrer Größe als Markt von unschätzbarem Wert. Die Eurasische Union wäre ohne Mitwirken der Ukraine maßgeblich geschwächt.

Die gemeinsame Geschichte und der hohe Anteil an ethnischen Russen bilden ein besonderes gesellschaftliches Beziehungsgeflecht, das in viele Lebensbereiche hineinwirkt und die Beziehungen der beiden Länder über ein rein nachbarschaftliches Verhältnis hebt. Militärstrategisch ist die Ukraine, zumindest die Halbinsel Krim, in Folge der Stationierung von etwa 70 Prozent der Schwarzmeerflotte für Russland unverzichtbar. Durch die Beitrittsambitionen der Ukraine zur NATO sah Moskau trotz eines langfristigen Stationierungsvertrags bis 2042 die Nutzungsmöglichkeit der Marinebasis in hohem Maße gefährdet.

Die Massenproteste in Kiew Ende 2013 und der Sturz des ukrainischen Präsidenten am 22. Februar 2014 haben vermutlich im Kreml enormen Handlungsdruck erzeugt und durch eine verdeckte Militäroperation zur Annexion der Krim geführt. Dass diese von langer Hand vorbereitet sein musste, ist für jeden militärischen Planer offenkundig, denn Vorhaben dieses Umfangs erfordern einen monatelangen planerischen und operativen Vorlauf. Allerdings stellt das auch keine Überraschung dar, weil vermutlich spätestens nach der Operation in Südossetien 2008 die Ausarbeitung entsprechender Szenarien die Strategen des Kremls laufend beschäftigte.

²² Vgl. Trenin: *Russia's Breakout*, S. 12.

²³ Vgl. Mayer, Sebastian: *Putin der Getriebene? Wider den Strukturdeterminismus in der Russland-Ukraine-Debatte*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2015, S. 77-83, hier S. 81.

Die Ukraine bildete gewissermaßen eine zentrale Säule in der neuen außenpolitischen Architektur Russlands, die dem Gebäude die nötige Stabilität und das erforderliche Tragkraft verleihen sollte. Ein totaler Ausfall hätte möglicherweise das Gebilde gefährdet oder zum Einsturz bringen können. Die strategische Herausforderung für Moskau bestand Anfang 2014 somit vermutlich darin, einen Weg zu finden, der einerseits der „anderen“ (westlichen) Seite den ungehinderten Zugang zur Ukraine in Folge einer NATO- und EU-Mitgliedschaft verwehrt und andererseits die eigene militärische Dominanz im Schwarzmeerraum weiter sicherstellt.

Westliche Wahrnehmungen und Einschätzungen

Integrationskonkurrenz als Merkmal russischer Beziehungen zum Westen

Während Russland spätestens seit dem Einmarsch in Georgien 2008 mit Argusaugen über die Entwicklung in der Ukraine wachte, hielten die EU und die NATO ihre Kooperations- und Integrationsangebote aufrecht. Schon 1995 hatte die NATO mit der Partnerschaft für den Frieden einen sicherheitspolitischen Rahmen entwickelt, den viele ehemalige Sowjetrepubliken, auch Russland, bereitwillig in Anspruch nahmen. Im Wirtschaftsbereich war es die EU, die in der 2009 begründeten „Östlichen Partnerschaft“ Kooperationsabkommen mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland, Moldawien und der Ukraine unterzeichnete, welche die Annäherung der östlichen Nachbarn an die EU fördern sollte.²⁴ Russland hatte schon 1994 mit der EU ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen, das im Zuge mehrerer Etappen immer weiter ausgebaut wurde. So wurde etwa 2010 eine Partnerschaft für Modernisierung geschlossen, die eine gemeinsame Agenda zur Erneuerung der Wirtschaft und Gesellschaft Russlands, ausgerichtet an den Leitzielen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ausarbeitete.

Die EU war sich der Bedeutung einer möglichst konfliktfreien Kooperation im Hinblick auf regionale Stabilität bewusst und bemüht, diese zu erreichen. Es gab aber Bereiche, in denen unterschiedliche Auffassungen herrschten (z. B. Verständnis von Modernisierung, Energieversorgung) oder kein Konsens zu erzielen war, etwa im Transnistrien-Konflikt oder bei der Frage der Anerkennung der Republik Berg-Karabach.²⁵ Beobachter kritisieren in diesem Zusammenhang das Verhalten Moskaus, das die eingefrorenen Konflikte in Südossetien, Abchasien und Transnistrien selbst provoziert, aktiv aufrechterhalten oder geduldet habe.²⁶ Eine gegenteilige Auffassung vertritt Alexander Lukin, der dem Kreml nahe stehende Vize-

24 Siehe dazu die Ausführungen von Gunther Hauser in diesem Band.

25 Vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Aktueller Begriff-Europa. Die Beziehungen der EU mit Russland (Oktober 2011). <https://www.bundestag.de/blob/192076/797a0ba1316d431e37927980cd973dc9/die_beziehungen_der_eu_mit_russland-data.pdf>, abgerufen am 20.1.2016.

26 Vgl. Mayer, Sebastian: Putin der Getriebene. Wider den Strukturdeterminismus in der Russland-Ukraine-Debatte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2015, S. 77-83, hier S. 83.

präsident der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums.²⁷ Festzuhalten bleibt, dass es in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren trotz zahlreicher westlicher Initiativen nicht gelungen ist, substanzielle Fortschritte zur Lösung dieser Konflikte zu erzielen und vielfach der Eindruck entstand, dass diese ein Faustpfand russischer Außenpolitik darstellen könnten.

Im Rahmen der NATO wurden die Beziehungen zu Russland sukzessive bis zur Gründung des „NATO-Russland-Rats“ 2002 ausgebaut, in dem Moskau in vielen Bereichen NATO-Staaten gleichgestellt wurde. Ziel war die Einbindung Russlands in alle Fragen europäischer Sicherheit.²⁸ Trotz dieser intensivierten Kooperation blieb die NATO in russischen Militärdoktrinen unverändert eine Bedrohung, wenn auch nuanciert. Hier ist anzuführen, dass die NATO in den Erweiterungsphasen massiv abgerüstet hat, was intern bereits zu Kritik führte, weil manche die Verteidigungsfähigkeit (Artikel 5, das „Herzstück“ der NATO) gefährdet sahen. Russland verfolgte hingegen seit 2008 eine massive Aufrüstung und Modernisierung seiner Truppen, was auch operative und taktische Konzepte umfasste („nichtlineare Kriegsführung“), welche in der Ukraine offenkundig zur Anwendung kamen.

Demgegenüber war Moskau schon in den 1990er-Jahren bestrebt, ehemalige Sowjetrepubliken im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich, aber auch im wirtschaftlichen und politischen Feld wieder stärker an sich zu binden. Besonders zu erwähnen ist hier die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die bereits 1991 ins Leben gerufen worden war. Moskau schrieb sich dabei eine Führungsrolle zu, die die meisten potenziellen Partner jedoch argwöhnisch betrachteten und die sie zur Zurückhaltung mahnte. Das aktuellste und bedeutendste Vorhaben in diese Richtung stellt das Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion (bis Ende 2014 Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft) dar, in der nach Putins Vorstellung Russland das Herzstück bilden und die ehemaligen Sowjetrepubliken ähnlich wie in der EU im politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich eng kooperieren sollten. Diese Wirtschaftsunion könnte in weiterer Folge andere Zusammenschlüsse ersetzen und dem Konstrukt – und somit Russland – mehr Gewicht und Bedeutung verleihen. Es sollte damit ein Machtzentrum in der Mitte des eurasischen Kontinents entstehen.²⁹

Georgien als russisches Fanal

Nachdem beim NATO-Gipfel in Istanbul im April 2008 eine von den USA forcierte Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO (nur) am Widerspruch Deutschlands und Frankreichs gescheitert war, läuteten im Kreml wohl die Alarmglocken. Der Versuch des georgischen Präsidenten Saakaschwili, die abtrünnige Provinz Südossetien im August desselben Jahres mit militärischer Gewalt wieder einzugliedern, endete im Desaster und eröffnete Russland die Möglichkeit, das Gebiet durch eine Militärintervention vollends dem georgi-

27 Vgl. Lukin, Alexander: What the Kremlin Is Thinking. Putin's Vision for Eurasia. In: Foreign Affairs, 4/2014, S. 85-93.

28 Vgl. Naumann, Klaus: Russland, die Ukraine und Europa. Politische Studien, 461/2015, München, S. 16-24, hier S. 18.

29 Vgl. Trenin: Russia's Breakout, S. 17.

schen Einfluss zu entziehen. Russland hatte damit demonstriert, dass es politisch willens und militärisch fähig ist einzuschreiten, wenn es seine Interessen als gefährdet erachtet. Das war ein deutliches Signal sowohl an Georgien und die Ukraine als auch an die NATO und die USA, dass Russland eine NATO-Mitgliedschaft dieser Länder oder eine Stationierung von Elementen eines Raketenabwehrsystems nicht einfach so hinnehme, weil damit eine rote Linie überschritten würde. Russlandexperten sehen darin den Wandel von einer Status-Quo-Macht zu einer revisionistischen Macht.³⁰

Ukraine – Lackmustest für die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland

Zweifellos stellt die Ukraine aus Sicht der EU aufgrund ihrer Größe, der geografischen Nähe und ihres wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials einen interessanten Nachbarn und Partner dar, mit dem die Kooperation ausgebaut werden sollte. Die von Präsident Janukowytsh in letzter Minute getroffene Entscheidung über die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, die im Herbst 2013 die Euromaidan-Proteste ausgelöst hatte, sollte den Weg dafür öffnen. Brüssel war sich allerdings dessen bewusst, dass eine vertiefte Kooperation noch radikale Reformen im ukrainischen Regierungssystem erfordern würde, um die EU-Standards zu erreichen.³¹

Über Jahrzehnte hinweg hatte sich die Ukraine wegen des Erdgas-Transits in den Westen als unverzichtbar erwiesen – für Russland und Europa. Dabei hatte der Kreml in den vergangenen Jahren mehrfach demonstriert, dass er willens ist, die „Energiekarte“ durch Lieferunterbrechungen zu spielen, um politische Forderungen gegenüber der Ukraine durchzusetzen. Sicherheitspolitisch strebte die Ukraine nach dem Status als Partner eine Vollmitgliedschaft in der NATO an, was Deutschland und Frankreich allerdings 2008 angesichts mangelnder innenpolitischer Voraussetzungen in der Ukraine sowie des erwartbaren russischen Widerstands verhinderten (s.o.). Es war somit klar, dass jeder weitere Schritt in Richtung Annäherung oder Integration in die NATO oder in die EU für Konfliktstoff in den Beziehungen mit Russland sorgen und dessen Widerstand hervorrufen würde. Moskau konnte daraus aber keinesfalls ein Recht oder einen Freibrief auf militärische Intervention ableiten. Noch dazu in einem Nachbarland, dessen Souveränität und territoriale Integrität es noch 1994 im Budapester Memorandum garantiert hatte.

Westliches, europäisches oder internationales Problem?

Differenzierte Wahrnehmung und Problemzugang

Trotz enormer internationaler Aufmerksamkeit stellt sich doch die Frage nach der tatsächlichen Dimension der Krise im Gefolge des politischen Umsturzes und des russischen

30 Aussage eines russischen Experten anlässlich einer Tagung an der Landesverteidigungsakademie Wien am 24.6.2014.

31 Vgl. Heinemann-Grüder, Andreas: Lehren aus dem Ukraine Konflikt. In: Osteuropa, 4/2015, S. 3-23, hier S. 4.

Vorgehens in der Ukraine, ob also die Ereignisse lediglich ein europäisches Problem oder eine Herausforderung für die internationale Ordnung darstellen. In den knappen Ausführungen zur geopolitischen Dimension ist bereits angeklungen, dass die Krise um die Ukraine in hohem Maße einen Interessenskonflikt zwischen dem Westen (USA und Europa) und Russland darstellt. China scheint davon nicht betroffen, sondern allenfalls Nutznießer dieser Konstellation zu sein, da sich Moskau im Sinne des strategischen Dreiecks stärker an Peking anlehnt, wenn es zu Spannungen mit den USA (Stichwort Sanktionen) kommt.

Im Bereich der internationalen Beziehungen ist die Wahrnehmung auf Ebene der VN von Bedeutung, allerdings ist dabei zu bedenken, dass Russland aufgrund seiner Veto-Stimme im Sicherheitsrat (SR) alle unliebsamen Resolutionen verhindern kann – so geschehen am 15. März 2014, als sich 13 Mitglieder des SR dafür aussprachen, das Krim-Referendum nicht anzuerkennen (China hat sich der Stimme enthalten) und Moskau sein Veto eingelegt hat. Einige Aussagekraft hat aber eine Resolution der Generalversammlung vom 27. März 2014 („UN-Resolution affirming Ukraine’s territorial integrity“), in der das Unabhängigkeitsvotum auf der Krim für unrechtmäßig erklärt und damit auch indirekt Russlands Vorgehen kritisiert wird. Der völkerrechtliche Aspekt der territorialen Integrität und der Souveränität ist wohl auch jener Punkt, der – neben dem Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 – international am meisten Aufmerksamkeit und Unbehagen hervorgerufen hat. Russland war aber bestrebt, möglichst rasch von der Rolle des „Angeklagten“ in die Rolle des Vermittlers zu gelangen, indem es im Sicherheitsrat der VN mehrere Anträge zur Verbesserung der Situation in der Ukraine einbrachte und sich im Rahmen der OSZE zwar verhandlungsbereit, aber gleichzeitig als Unterstützer der Separatisten zeigte.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der sich Experten aus China, Brasilien, Indien und Südafrika mit der Einschätzung der Ukraine-Krise aus Sicht ihres jeweiligen Landes befassen, bringt aufschlussreiche Erkenntnisse.³² Der Konflikt wird dabei von allen als ernsthaft, aber nicht als kritisch eingestuft – ganz im Gegensatz zur europäischen Wahrnehmung. Obwohl diese Staaten die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine besonders hervorheben, geht keiner soweit, Russland wegen seines Vorgehens einen Vorwurf zu machen. Vielmehr wird die Notwendigkeit betont, dass diese Länder die guten Beziehungen zu Russland zu erhalten haben. Das Verhalten Moskaus wird auch nicht als bedrohlich eingestuft, vielmehr dürfte sogar ein gewisses Verständnis dafür bestehen, da es als Russlands Reaktion auf „westliche“ Aktionen in der Ukraine empfunden wird. Die Experten sehen die Ukraine-Krise zudem als Ausdruck einer übergeordneten Auseinandersetzung auf globaler Ebene, wo die westliche Vormachtstellung zunehmend durch ein multipolares System ersetzt wird. Diese Entwicklung wird tendenziell als positiv eingestuft, da sie nach Meinung der Studienautoren zu einem gerechteren internationalen System führen kann. Der Titel der Studie – „Between Principles and Pragmatism“ – ist daher sehr aussagekräftig und verweist auf den interessenorientierten und differenzierten Zugang der B(R)ICS-Staaten auf eine konkrete sicherheitspolitische Herausforderung.

32 Vgl. Hett, Felix/Wien, Moshe (Hrsg.): *Between Principles and Pragmatism. Perspectives on the Ukraine Crisis from Brazil, India, China and South Africa*. Berlin 2015.

Es scheint Russland somit gelungen zu sein, in weiten Teilen der Welt die Deutungshoheit über die Vorgänge in und um die Ukraine erlangt zu haben – möglicherweise ein entscheidender Faktor, wenn es im Kreml hinkünftig um die Abwägung und Einschätzung eines allfälligen außenpolitischen Engagements gehen wird.

Sanktionen als Indikator für die Reichweite der Krise

Neben repräsentativen Aussagen und Studien zur Perzeption der Krise um die Ukraine hat natürlich auch die Beteiligung an den gegenüber Russland verhängten Sanktionen eine gewisse Aussagekraft. Im Fall der Ukraine zeigt sich eine bipolare Konstellation mit den USA und der EU auf der einen und mit Russland auf der anderen Seite. Es hat sich demnach keine breite internationale Front gefunden, die das russische Vorgehen trotz mancher Bedenken für sanktionswürdig befunden hätte. Als Sanktionsmaßnahme ist gewissermaßen auch die Ausladung von Präsident Putin von der G8-Runde zu sehen, während ein vergleichbares Ansinnen beim G20-Gipfel 2014 in Australien jedoch am Widerstand vieler Länder des Südens scheiterte.³³ Man könnte dabei auch überspitzt von einer Konstellation „The West against the Rest“ (Copyright S. Huntington in the Clash of Civilizations) sprechen, in der Putin für seinen „Mut“, sich gegen den US-Universalismus zu stellen, viele Sympathien sammeln kann.

Innerhalb der EU ist die Auffassung hinsichtlich des Verhaltens gegenüber Moskau aber nicht so einhellig, wie es auf den ersten Blick scheint. Das resultiert einerseits aus der Einschätzung mancher EU-Mitglieder, dass das russische Vorgehen im Kontext der Ukraine-Krise einerseits zwar strikt zu verurteilen sei, man dafür andererseits aber auch ein gewisses Verständnis aufbringen könne. Darüber hinaus gibt es erhebliche wirtschafts- und energiepolitische Interessen, weshalb viele einen realpolitischen Pragmatismus und eine rasche Wiederannäherung empfehlen. Demgegenüber stehen aber die großen Ängste der baltischen und osteuropäischen Staaten, die Russland als Bedrohung empfinden und verschärfte Maßnahmen fordern. Es stellt eine schwierige Ausgangslage dar, angesichts der heterogenen Interessenslage zu einem einheitlichen Vorgehen zu finden. Mit dem als Reaktion auf die Krim-Annexion installierten Sanktionsregime wurde vorerst ein gangbarer Weg gefunden, der genügend Raum für flexible Anpassungen lässt.

Sicherheitspolitische Konsequenzen als Indikator

Neben dem ordnungs-, wirtschafts- und energiepolitischen Bereich kommt der sicherheitspolitischen Dimension erhöhte Bedeutung zu. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Stabilität der Ukraine und die Möglichkeit einer neuerlichen Eskalation oder eines Einfrierens des Konflikts. Hier sind alle Optionen noch offen. Viel entscheidender wird sein, wie sich der Spannungszustand mittel- und langfristig auf das Verhältnis zwischen NATO und Russland auswirken wird und welche Konsequenzen daraus abgeleitet werden – letztere würden sich wiederum in Konzepten und Strukturen niederschlagen. In ersten Reaktionen wurde auf beiden Seiten vielfach auf die Gefahr einer Rückkehr des Kalten Kriegs (ohne atomare

³³ Vgl. Wipperfurth, Christian: Die Ukraine im westlich-russischen Spannungsfeld. WIFIS aktuell Band, 51/2015, Berlin/Toronto, S. 56.

Dimension) hingewiesen. Manche US-amerikanische und russische Analytiker gehen ja ohnehin davon aus, dass der Kalte Krieg nie geendet habe, sondern nur in den Wahrnehmungshintergrund getreten sei.

Die NATO-Gipfel in Wales (September 2014) und in Warschau (Juli 2016) sowie die neue russische Sicherheits- und Militärdoktrin weisen ebenfalls in diese ungünstige Richtung, stellen aber (noch) keine unumkehrbaren Entwicklungen dar. Es ist jedoch eine Tatsache, dass das zwischen dem Westen und Russland in den 1990er-Jahren mühsam aufgebaute Vertrauen de facto verloren gegangen ist, was sicherheitspolitisch in der Regel ein enormes Problem aufwirft. Denn das entstandene Misstrauen bewirkt häufig ein Sicherheitsdilemma, da gegenseitige Fehleinschätzungen und Überinterpretationen von Ereignissen dominieren und zu überzogenen Verteidigungs- und Rüstungsmaßnahmen führen.

Vorläufige Ableitungen und Erkenntnisse

Rückkehr der Geopolitik

„Die Rückkehr der Geopolitik nach Europa“ – unter diesem Titel verfasste Deutschlands ehemaliger Außenminister Joschka Fischer im November 2015 einen Kommentar für die österreichische Tageszeitung „Der Standard“. Darin mahnte er ein, dass sich die Europäer um die Krisen vor ihrer Haustür kümmern und dafür eigene Konzepte entwickeln sollten. Denn „[...] *Wladimir Putin hat klar gemacht, dass er nicht daran denkt, der europäischen Werteordnung, basierend auf der Unantastbarkeit der Grenzen und dem Vorrang des Rechts vor der Macht, zu folgen.* [...]“³⁴ Unbenommen der Person und der inhaltlichen Einschätzung: Die wesentliche Ableitung daraus ist, dass geopolitisches Denken und die Lehre des politischen Realismus bei allen Akteuren in Ost und West wieder Einzug halten und daher zu erwarten ist, dass werteorientierte Positionen in Zukunft vermutlich geringeres Gewicht haben werden. Geopolitische Überlegungen, nationale Interessen und pragmatische Realpolitik werden daher vermutlich noch stärker als bisher die wesentlichen Determinanten internationaler Beziehungen und Verhaltensweisen sein. Es könnte daher eine neue (Un)Ordnung der internationalen Beziehungen dominieren, in der militärischer Macht hohe Relevanz zukommt und die auf der normativen Kraft des Faktischen, nicht auf der Kraft von Normen beruht.³⁵ Gerade die EU, die sich als Wertegemeinschaft versteht und ihre außenpolitische Gestaltungskraft als „soft power“ daraus ableitet, könnte davon besonders betroffen sein.

Russland bleibt seinem neuen Narrativ treu

Das Vorgehen Russlands mit der Annexion der Krim und seiner unterstützenden Rolle beim separatistischen Aufstand im Donbass entsprach keinesfalls den internationalen Normen, korrespondierte aber mit seinen Interessen als Hegemonialmacht und mit seinen Bedrohungsperzeptionen. Moskau versetzte sich dadurch in die Lage, durch die Einverleibung der

34 Fischer, Joschka: Die Rückkehr der Geopolitik nach Europa. Kommentar der Anderen. In: Der Standard, 6.11.2015, S. 39.

35 Vgl. Heinemann-Grüder: Lehren aus dem Ukrainekonflikt, S. 5.

Krim und die Möglichkeit der Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik eine strategische Schadensbegrenzung vorzunehmen. Zusätzlich konnte es seine internationale Position als eigenständiger Akteur festigen sowie das innenpolitische Narrativ von einem selbstbewussten, starken Russland untermauern.³⁶ Da Russland an vielen Orten und Konfliktherden der Welt für die USA einen wichtigen Partner darstellt, wird Washington vermutlich bestrebt sein, die bilateralen Spannungen in Grenzen zu halten. Auch aus diesen Gründen ist daher nicht zu erwarten, dass der Kreml in nächster Zeit zu einer konstruktiven Konsenspolitik übergehen wird, sofern dies nicht aus anderen Zwängen, etwa einer für Russland ungünstigen Entwicklung im Nahen Osten, als erforderlich erscheint.

Die EU benötigt eine eigenständige Position gegenüber Russland und den USA

So schwierig es aufgrund der heterogenen Interessen und sicherheitspolitischen Wahrnehmungsunterschiede auch sein mag – angesichts der bisherigen Entwicklungen wird es zwingend erforderlich sein, im Rahmen der EU konkrete europäische Interessen und Positionen zu erarbeiten und festzulegen. Nur dann wird es möglich sein, mit Russland ein neues Vertrauensverhältnis aufzubauen und gegenüber den USA ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Es liegt in den Händen der Europäer zu bestimmen, ob sie einen autonomen Akteursstatus einnehmen oder als „Anhängsel“ bzw. als „unsinkbarer Flugzeugträger“ der USA wahrgenommen werden. Ob allerdings eine homogene EU mit einer klaren außenpolitischen Ausrichtung den strategischen Interessen Washingtons und Moskaus mehr entgegenkommt als eine heterogene EU – mit vielen unterschiedlichen nationalen Zielsetzungen und Vorstellungen – erscheint fraglich. Angesichts des Verhaltens vieler EU-Mitglieder im Umgang mit der Ukraine-Krise – vor allem aber bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015, die eklatante Mängel im solidarischen Gemeinschaftsdenken offenbarte – könnte man zu einer ähnlichen Auffassung gelangen wie Sven Bernhard Gareis in seinem 2015 verfassten Beitrag mit dem Titel „Europa allein zuhause?“, „[...] Zweifel sind angebracht: Europa ist in seinen Außenbeziehungen und auch im Spiel der großen Mächte noch immer mehr Potenzial denn tatsächliche Macht“.³⁷

Eine europäische Positionierung und Vorgangsweise erscheint auch deswegen als erforderlich, weil die Ukraine-Krise sowie die Spannungen mit Russland international als regionales Problem eingestuft werden und somit keine substanzielle Unterstützung bei der Beilegung der Krise zu erwarten ist. Wenn daher primär Europa die Probleme zu lösen hat, dann wäre es wohl zweckmäßig, dies auf Grundlage europäischer Interessen, Positionen und Notwendigkeiten zu tun.

Konfliktprävention wieder nicht gegriffen

Als letzter Punkt bleibt noch festzuhalten, dass die vielzitierte Konfliktprävention auch in diesem Fall nicht gegriffen hat. Hatte man noch in den Vermittlungsbemühungen unmittel-

36 Vgl. Fischer, Sabine: Eskalation der Ukraine-Krise. SWP-Aktuell, 13/2014, Berlin, S. 3.

37 Gareis, Sven Bernhard: Europa allein zuhause? Der US-Schwenk nach Asien und seine Folgen für den „alten Kontinent“. In: S+F, 3/2014, S. 159-163, hier S. 162.

bar vor der Absetzung des ukrainischen Präsidenten Janukowytch durch das Parlament den Eindruck, dass damit das Ärgste zu verhindern gewesen wäre, so wurde man bereits wenige Tage später eines Besseren belehrt. Ohne auf die Ursachen hier eingehen zu können, bleibt die einfache Erkenntnis, dass dieser Bereich des internationalen Krisenmanagements noch vieler Lehren und Anstrengungen bedarf, um Konflikteskalationen wie im Fall der Ukraine in Zukunft vermeiden zu können. Angesichts der jahrelangen konflikträchtigen Entwicklungen im Vorfeld der dramatischen Ereignisse wird es erforderlich sein, neben unverzichtbaren vertrauensbildenden Maßnahmen auch über eine zukünftige Sicherheitsarchitektur in und für Europa nachzudenken. Welche Rolle dabei der OSZE zukommen kann, deren Gründungsgedanken ja von Entspannung und Vertrauensbildung zwischen dem damaligen Ost- und Westblock herrühren, bleibt abzuwarten. Als Regionalorganisation hat sie durch ihren Einsatz im Gefolge der Ukraine-Krise bereits an Bedeutung dazugewonnen.